

Anlage 12.1

E: 21.10.2016

DIE LINKE.
Hennef

DIE FRAKTION.

Hennef, 19.10.2016

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus
53773 Hennef

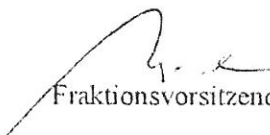
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, nachfolgenden ANTRAG an den Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration weiter zu leiten:

Wir beantragen, dass die Verwaltung, für die auf der Flucht befindlichen Frauen in Hennef, die kostenfreie Bereitstellung von Verhütungsmittel ermöglicht, mit dem Ziel, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden.

Begründung:

Aus der Beratungspraxis ist bekannt, dass eine hohe Anzahl von Frauen ungeplant schwanger wurden und sich infolgedessen in die Schwangerschaftskonfliktberatung begeben haben. Die Beratung und Begleitung der Frauen erforderte dabei einen hohen zeitlichen Aufwand und eine hohe Intensität. Die Kontakte zu den verschiedenen Institutionen, die vor dem Schwangerschaftsabbruch notwendig sind, erfordern im Einzelfall die Begleitung eines Dolmetschers. Die Frauen müssen die Schwangerschaftsberatungsstelle aufsuchen, die Krankenkasse, das Sozialamt (Krankenschein) und Arztpraxis. Insofern ist z.B. der Datenschutz, der eine Grundlage im Schwangerschaftskonfliktverfahren ist, kaum zu gewährleisten. Die Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche von Flüchtlingsfrauen ist klar geregelt. Hier übernehmen die Länder die Kosten.


Fraktionsvorsitzender

gez. Barbara Schüchter
Sachkundige Bürgerin